



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



An

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission

Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments

Antonió Costa, Präsident des Europäischen Rates

- via E-Mail -

Brüssel, 10.01.2025

Betreff: *Gefährliche Verquickung von Geschäftsinteressen mit der kommenden US-Regierung*

Sehr geehrte Frau Präsidentin Von der Leyen,

Sehr geehrte Frau Präsidentin Metsola,

Sehr geehrter Herr Präsident Costa,

der Kniefall von Meta-CEO Mark Zuckerberg und anderer US-Tech-CEOs vor dem designierten US-Präsidenten Donald Trump besorgt uns zutiefst. In seiner jüngsten Videobotschaft kündigte Zuckerberg nicht nur eine fatale Kehrtwende beim Umgang mit Hass, Hetze und Desinformation auf seinen Plattformen Facebook und Instagram an, sondern beschuldigte die EU darüber hinaus der „institutionalisierten Zensur“, gegen die er mit Hilfe der US-Regierung vorgehen will. Zuckerberg folgt damit den Fußstapfen Elon Musks und anderer US-Milliardäre, die ihre Geschäftsinteressen durch eine enge Partnerschaft mit der Trump-Präsidentschaft zu schützen suchen und sich demokratisch beschlossenen Gesetzen entziehen wollen, die ihnen ein Dorn im Auge sind. Diese Entwicklung ist ein historischer Bruch internationaler Großunternehmen mit den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Grundordnung, der nicht ohne Konsequenzen bleiben darf.

Als direkte Reaktion auf die jüngsten Ankündigungen Mark Zuckerbergs fordern wir daher die folgenden Maßnahmen:

1. Einen raschen Abschluss der laufenden Untersuchungen unter dem Digital Services Act (DSA) gegen soziale Medienplattformen X und Tiktok, sowie die Prüfung und gegebenenfalls die Eröffnung von Verfahren gegen Metas Plattformen Facebook, Instagram und Threads mit besonderem Fokus auf die Ausgestaltung von Empfehlungsalgorithmen.
2. Eine Aufstockung des zuständigen Personals der Kommission für die Durchsetzung der Regeln und die Untersuchung von Verstößen, sowie die Überführung des zuständigen Direktorats aus dem politisch geführten Generaldirektorat CONNECT in eine eigene Verwaltungsstruktur, um die politische Unabhängigkeit der DSA-Durchsetzung zu stärken.
3. Die sofortige Vorladung von Mark Zuckerberg und Elon Musk in die zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments und ein Hausverbot für Meta-Lobbyist*innen in

allen EU-Institutionen bis zur Klärung der haltlosen Zensurvorwürfe gegen die EU, mit Ausnahme notwendiger Konsultationen im Rahmen laufender Untersuchungen gegen den Konzern. Bei Nichtkooperation der Unternehmen muss als Ultima Ratio auch ein temporäres Verbot im Rahmen des DSA auf dem Tisch bleiben.

Die rasend schnelle Verquickung von Geschäftsinteressen mit der autoritären Agenda der kommenden Trump-Präsidentschaft muss für Europa aber ein Weckruf sein, der weit über die Debatte um die europäischen Regeln zu sozialen Medien im Digital Services Act hinausgeht. US-Unternehmen kontrollieren nicht nur fast alle relevanten sozialen Medien in Europa, sondern darüber hinaus einen signifikanten Anteil strategisch wichtiger Technologien, von Cloud-Infrastruktur und Softwareanwendungen bis zu Smartphones.

Nach Jahren fruchtloser Debatten um die strategische Autonomie Europas schlagen wir deshalb eine neue, entschiedene Initiative der Kommission vor. Europa braucht einen „Euro Stack Act“, mit dem Ziel, europäische Technologiekapazitäten zu stärken und unsere Abhängigkeit von nicht-europäischen Tech-Unternehmen zu reduzieren. Europa darf sich nicht länger der Gefahr aussetzen, durch technologische Abhängigkeiten erpressbar zu werden. In diesem Sinne fordern wir:

1. Eine klare und evidenzbasierte Definition strategischer Technologien & Bewertung globaler Abhängigkeiten, sowie eine Analyse möglicher Hindernisse für die Entwicklung europäischer Kapazitäten in diesen Bereichen.
2. Die Mobilisierung signifikanter europäischer Fördermittel, öffentlich wie privat, zur Stärkung europäischer Wertschöpfungsketten in diesen strategisch wichtigen Technologiesektoren.
3. Die gezielte Erleichterung rechtlicher Rahmenbedingungen für Unternehmen in diesen Sektoren nach dem Vorbild von RED, NZIA und dem Chips Act, u.a. in Bezug auf Planungsverfahren und der Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze.

Europa muss jetzt handeln. Sonst drohen die Geschäftsinteressen der neuen Klasse von US-Oligarchen wie Musk und Zuckerberg unsere Demokratie und die Rechtstaatlichkeit zu überwältigen. Wir sind überzeugt, dass in dieser historischen Herausforderung auch eine einzigartige Chance liegt, Europa gemeinsam resilienter, freier und geeinter zu machen, als es je war. Für diesen Wandel hin zu einem selbstbestimmten Europa stehen wir als Partner*innen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Unterzeichner:innen:

René Repasi, MdEP
Timo Wölken, MdEP
Birgit Sippel, MdEP
Matthias Ecke, MdEP
Maria Noichl, MdEP

Jens Zimmermann, MdB, Sprecher Arbeitsgruppe Digitales